

Alles für den Krieg? Nichts für uns!

Gemeinsam kämpfen – Für Heizung, Brot und Frieden!

Während die Preise für Lebensmittel, Mieten und Heizkosten immer weiter steigen, hat unsere Regierung nur eins im Kopf: Deutschland soll „kriegsfähig“ werden. Der Rüstungshaushalt explodiert, während in allen anderen Bereichen gekürzt wird. Für Bildung, Gesundheit, Öffentlichen Personennahverkehr, Kultur und Jugendzentren ist kein Geld da. Selbst Kinder sollen „kriegstüchtig“ werden. Dafür werden Jugendoffiziere der Bundeswehr in Schulen geschickt. Wir sagen: Nein zum Krieg! Runter mit der Rüstung!

Die Regierung versucht uns gegeneinander auszuspielen, damit wir uns nicht zusammentun. Sie wollen uns spalten in Junge und Alte, in Beschäftigte und Erwerbslose, in Menschen mit und ohne deutschen Pass. Wir Kommunistinnen und Kommunisten halten dagegen. Wir sind solidarisch! Wir kämpfen gemeinsam für Heizung, Brot und Frieden.

Dafür kandidieren wir zur EU-Wahl mit einer internationalistischen Liste!



**Manaf Saleh, Listenplatz 3,
36 Jahre, Optiker, Bonn**

Der Völkermord in Gaza macht mich extrem betroffen. Ich bin in Jordanien geboren und habe palästinensische Wurzeln. Die Angriffe auf Krankenhäuser und die vielen Kinder, die ermordet wurden, die ganze Grausamkeit – das nimmt mich sehr mit. Ich bin Optikermeister und da fällt es schon schwer, sich darauf zu konzentrieren, welche Brille dem Kunden denn jetzt besser steht. Das Massaker in meiner Heimat ist ein Grund für mich, auf die Straße zu gehen und gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung zu protestieren. Sie leistet Beihilfe zum Völkermord. Die DKP ist die einzige Partei in Deutschland, die wirklich konsequent solidarisch mit Palästina ist.



**Shabnam Shariatpanahi,
Listenplatz 4, 44 Jahre,
Diplompädagogin, Duisburg**

Ich bin im Bündnis „Heizung, Brot und Frieden Duisburg“ aktiv. Wir versuchen den Menschen zu zeigen, dass die Kosten für Aufrüstung und Krieg einer der Gründe für steigende Preise, Armut und sozialen Abstieg sind. Es ist wichtig, die Zusammenhänge zu sehen, um sich aktiv gegen die Zustände in diesem Land zu wehren. Wir müssen Kriegen, Ausbeutung und Not ein Ende setzen. Ich bin im Iran geboren. Als Kommunistin versuche ich vor allem auch Migrantinnen und Migranten zu unterstützen und zu ermutigen, sich für ihre Rechte einzusetzen. Das tue ich in Duisburg zum Beispiel mit wöchentlichen Sozialberatungen.



**Barbara Majd Amin, Listenplatz 6,
81 Jahre, Rentnerin, Berlin**

Als aktives Mitglied der GEW finde ich es enorm wichtig, dass sich unsere Gewerkschaften wieder stärker in die Friedensbewegung einbringen. Der Kriegskurs der Regierung hat Gewinner, darunter die Rüstungsindustrie, und Verlierer, vor allem die Lohnabhängigen und ihre Familien. Da ist doch klar, wo unsere Gewerkschaften sein müssen. Ich ziehe bis heute meine Kraft aus den Erfahrungen einer starken Friedensbewegung und erinnere mich zum Beispiel an den Friedensstreik 1983 von hunderten Lehrerinnen und Lehrern in Berlin. Heute ist es mühsamer, aber mit dem Aufruf „Gewerkschaften gegen Rüstung und Krieg“ haben wir ein gutes Instrument in der Hand:
gewerkschaften-gegen-aufruestung.de



**Erdal Dereli, Listenplatz 21,
47 Jahre, Speditionskaufmann,
Bottrop**

Meine Eltern sind 1970 aus der Türkei als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. Ich bin seit vier Jahren in der DKP und unterstütze nun unsere Arbeit im Bottroper Stadtrat. Als Kommunalpolitiker machen wir öffentlich, wer sich im Rathaus für die Interessen der Menschen einsetzt und wer gegen sie ist. Wir nennen die Probleme beim Namen: Fehlende Wohnungen und Arbeitsplätze, drastisch steigende Gebühren und eine unerträgliche Schulmisere. Die Schulen platzen aus allen Nähten. Wir brauchen dringend eine dritte Gesamtschule. Demokratie bedeutet für uns nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger alle fünf Jahre ein Kreuz auf dem Stimmzettel machen, sie sollen mitbestimmen!



**Nikolaos Papadopoulos,
Listenplatz 5, 28 Jahre,
Servicetechniker, Nürnberg**

Alle großen Parteien feiern die EU als Fortschritt. Dabei gibt es viele gute Gründe, die EU abzulehnen. Es ist die EU, die mit ihren Debatten um das Asylrecht Menschenrechte zur Verhandlungssache macht. Es ist die EU, die die unmenschlichen Bedingungen von Geflüchteten außerhalb der EU-Grenzen wie in der Türkei und innerhalb der EU-Grenzen wie in Moria zu verantworten hat. Und es ist die EU, die Geflüchtete auf offener See zurück in ihre Länder treibt oder treiben lässt und dabei sogar Seenotrettung kriminalisiert. Gleichzeitig bereichert sie sich kräftig an den Kriegen und der Perspektivlosigkeit, die die Menschen zur Flucht treibt. Schluss damit.

Die EU ist kein Friedensprojekt und kein Projekt der offenen Grenzen. Die EU verpflichtet ihre Mitgliedstaaten zur Aufrüstung und beteiligt sich an der gefährlichen NATO-Konfrontation gegen Russland. Nach außen schottet sie sich ab vom Elend, das sie selbst verantwortet. Sie lässt nur gut ausgebildete Facharbeiter rein, deren Ausbildungskosten sie so spart. Mit ihrer Grenzschutzagentur Frontex ist sie mitverantwortlich für Tausende Tote im Mittelmeer. Kriege sind die Hauptursache dafür, dass Menschen ihre Heimat verlassen. Deshalb: Stoppt die Kriegstreiber!

Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtlinge. Wir fordern gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Wir wollen keine Lager, sondern Wohnungen. Wir wollen keine Bezahlkarten und 80-Cent-Jobs, sondern Arbeits- und Ausbildungsplätze! Wir fordern die volle Wiederherstellung des Asylrechts. Unsere Willkommenskultur heißt: Gemeinsam kämpfen gegen die EU der Banken und Konzerne! Deshalb: **Wählt DKP!**



**Sagen,
was ist!**

Lesen – abonnieren – verbreiten

unz unsere zeit

Tel.: 0201 177889-15 | abo@unsere-zeit.de | unsere-zeit.de

